



ippnw
Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.



»Wir setzen uns für eine friedliche, atomtechnologiefreie und menschenwürdige Welt ein.«

IPPNW-Erklärung zum „Manifest für den Frieden“ und zur Kundgebung am 25. Februar 2023 am Brandenburger Tor in Berlin

Die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen hat das „Manifest für den Frieden“ gemeinsam mit 68 weiteren Personen als Erstunterzeichner*in unterstützt. Die Ärzteorganisation IPPNW steht zu Inhalt und Kernaussage des Manifests. Wir positionieren uns klar gegen eine weitere Eskalation des Krieges. Es ist notwendig, diplomatische Verhandlungen zu Waffenstillstand und Frieden voranzubringen. Die IPPNW veröffentlichte dazu bereits im Juli 2022 das Papier „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine - eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden“. Eine 4. überarbeitete Auflage erscheint zum Jahrestag des russischen Angriffskrieges.

Ergänzend zu dem „Manifest für den Frieden“ verweist die IPPNW auf ihre Kernforderung nach der Verhütung des Atomkrieges. Wir fordern die Abschaffung von Atomwaffen und den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass Kriegsflüchtlinge, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus aller Welt Aufnahme sowie humanitäre Hilfe finden, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Die Arbeit für Frieden schließt immer auch die Arbeit für die Rechte von Geflüchteten und politisch Verfolgten mit ein. Der Frieden, den wir meinen, ist internationalistisch und antifaschistisch.

Aktuell erleben wir bundesweit massive Versuche von AfD-Politiker*innen und Rechtsextremist*innen, die Friedensbewegung und das Thema „Frieden“ für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Doch das Anliegen des Friedens ist bei der AfD, bei sogenannten „Patriot*innen“, die immer wieder die 1.000-jährige deutsche Geschichte beschwören, in den falschen Händen. AfD-Politiker*innen hetzen gegen Geflüchtete und Migrant*innen. Ebenso spricht sich die Partei für Hochrüstung, Rüstungsexporte und eigene Atomwaffen aus.

Mit Blick auf die geplante Kundgebung am 25. Februar 2023 in Berlin stellen wir fest, dass die deutsche Sektion der IPPNW zu den Erstunterzeichnenden des Manifests gehört, aber nicht Mitveranstalter*in der Kundgebung ist. Wir lehnen es in aller Schärfe und jeder Form ab, dass rechtsextreme politische Gruppierungen versuchen, Einfluss auf Friedensaktivitäten zu nehmen. Chauvinismus und Frieden passen nicht zusammen. Wir treten ein für eine offene Gesellschaft und erteilen menschenverachtenden Ideologien wie Militarismus, Faschismus, Antisemitismus und Rassismus eine unmissverständliche Absage.

Die IPPNW fordert alle demokratischen Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich lokal und bundesweit für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und für eine diplomatische Lösung zur Beendigung des Krieges Russlands gegen die Ukraine.

Weitere Informationen zur Kundgebung am 25. Februar 2023, 14 Uhr, am Brandenburger Tor in Berlin: <https://aufstand-fuer-frieden.de/>

IPPNW-Papier zu Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine unter ippnw.de/bit/waffenstillstand